Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 135 (1957)

Artikel: Basel im zweiten Weltkrieg : 1939-1945

Autor: Grieder, Fritz

Kapitel: Trügerische Ruhe

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006923

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bestand nun darin, 35 000 blaue Karten an die Minderbemittelten verteilen zu lassen, damit diese ungehindert einkaufen konnten. Grosse Aufgaben stellte die endgültige Einführung der Lebensmittelrationierung, die Ausfertigung der Lebensmittelkarten an rund 60 000 Haushaltungen und die Zuteilung von Grossbezügercoupons an die kollektiven Haushaltungen. Wenn auch in allen wirtschaftlichen Belangen die Eidgenossenschaft regelnd eingriff, so blieb doch den kantonalen Behörden vorbehalten, auszuführen, was Bern verordnet hatte. Für Mängel wurden in der Öffentlichkeit natürlich zuerst die kantonalen Stellen verantwortlich gemacht. Um so wichtiger war es, dass zwischen Volk und Regierung gerade jetzt ein Vertrauensverhältnis bestand. Die Exekutive setzte sich bei Kriegsausbruch zusammen aus vier Sozialdemokraten, nämlich F. Brechbühl (Polizei), Dr. F. Ebi (Bau), Dr. F. Hauser (Erziehung), G. Wenk (Inneres), dann aus zwei Liberalen, Regierungsratspräsident Dr. A. Im Hof (Justiz) und Vizepräsident Dr. C. Ludwig (Finanzen), und schliesslich aus einem Radikalen, Dr. E. Zweifel (Sanität).

Trügerische Ruhe

Die ersten sieben Monate des zweiten Weltkrieges gingen unter der Bezeichnung «drôle de guerre» in die Geschichte ein, womit die überraschende Waffenruhe im Westen während dieser Zeit gekennzeichnet werden sollte. Wohl hatten die Westmächte dem Deutschen Reich nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen den Krieg erklärt; doch wollten oder konnten sie während des polnischen Feldzuges keinen Entlastungsangriff von Westen her gegen Deutschland unternehmen. Die Polnische Republik brach zusammen, ohne dass sich die beiden Hauptgegner an der Westfront mehr als Patrouillengefechte und Stosstruppkämpfe geliefert hätten. Auch nach dem Abschluss des polnischen Feldzuges blieb es an der Westfront so merkwürdig ruhig, dass mancherorts ernsthaft die Meinung vertreten wurde, der Krieg werde zu Ende gehen, bevor er eigentlich richtig ausgebrochen sei. Diese Pause vor dem grossen Zusammenstoss kam allerdings beiden Lagern gelegen, den Deutschen zur Reorganisation der Feldarmeen, den Westmächten zur Beschleunigung ihrer bisher vernachlässigten Aufrüstung. Wer aufmerksam beobachtete, dem konnte freilich nicht entgehen, dass sich hinter den Kulissen bedeutende militärische Entscheidungen vorbereiteten. Noch fehlte aber in unserer Öffentlichkeit eine eigentliche nähere Beziehung zum militärischen Geschehen in Europa. Während der Untergang des polnischen Staates kaum ein bemerkenswertes Echo in Öffentlichkeit und

Presse fand, löste der russische Angriff auf Finnland auch in der Basler Bevölkerung eine starke Welle der Empörung aus. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgten alle Volksteile den Verlauf des Winterkrieges, den heldenhaften Widerstand der uns Schweizern in manchen Zügen verwandten Finnen und schliesslich ihre ehrenhafte Kapitulation vor der Übermacht. Die gefühlsmässige Bindung an das finnische Volk fand ihren Ausdruck in zahlreichen Geldsammlungen und in vereinzelten öffentlichen Kundgebungen, dann aber auch in Zeitungsartikeln, in denen unverblümt gegen den russischen Angriff auf Finnland protestiert und der finnische Widerstand als vorbildlich gelobt wurde. Klarer denn je trat jedem Bürger vor Augen, welche Gefahren den kleinen Staaten von Seiten beutegieriger Grossmächte drohten.

Die scheinbar entspannte militärische Situation schloss ohne Zweifel gerade für ein Land, dessen Armee Gewehr bei Fuss stand, bedeutende Gefahren in sich. Wieviel schwerer war es unter diesen Umständen, dem einzelnen Wehrmann die Notwendigkeit einer mehrmonatigen ununterbrochenen Dienstleistung vor Augen zu führen. Wohl erlaubte die augenblickliche Lage im Winter 1939/40 die Reduktion der aufgebotenen Truppenbestände unserer Armee auf ungefähr die Hälfte und die Einführung eines Ablösungsplanes für das Gros der Einheiten; doch lastete auch so noch die winterliche Schanzarbeit in den Jura-Stellungen, der Bau von Bunkern und die Rekognoszierung des Geländes schwer genug auf dem einzelnen Wehrmann. Die beim Basler Inf.-Regiment 22 eingeteilten Soldaten lernten damals vornehmlich das Tafeljura-Gelände mit den Übergängen vom Baselbiet ins Fricktal als Kampfabschnitt kennen. Zur Auffüllung der Bestände gewisser Einheiten, vor allem aber zur Verstärkung der Flieger-Abwehrtruppen, wurde im Spätjahr 1939 eine Nachmusterung aller Hilfsdienstpflichtigen bis zum 40. Altersjahr angeordnet. Sie ergab allein in Basel eine Vermehrung der Zahl der Diensttauglichen um 1005 Mann, von denen allerdings der grösste Teil nur bedingt diensttauglich erklärt werden konnte.

Wenn nun auch die Armeeleitung einen Operationsplan Nord für den Fall eines deutschen Angriffs ausarbeitete, so erlaubte doch die politische und militärische Situation noch nicht, ihn bereits in diesem Zeitpunkt in die Tat umzusetzen, und es blieb während des ganzen ersten Kriegswinters im wesentlichen bei der im September 1939 angeordneten Aufstellung der grossen Einheiten. Einzig der berühmte November-Alarm, der im Zusammenhang mit einem wirklichen oder bloss gespielten Attentatsversuch auf Hitler stand, bewirkte eine Verstärkung der schweizerischen Nordfront durch vorübergehende Heranziehung einer weiteren Division aus der

Armeereserve. Damals behauptete die deutsche Presse in verdächtiger Weise, die Fäden jenes Attentats reichten bis in die Schweiz. Auf französischer Seite machte sich eine gewisse Nervosität bemerkbar, die sich in Truppenverschiebungen im Grenzraum von Basel und in andern Vorbereitungen zu einer Gegenaktion äusserte.

Die Aufgabe der vier Basler Territorialbataillone bestand zunächst im Rahmen der Neutralitätsstellung in der Kontrolle der Grenzen nach allen Seiten und in der taktischen Aufstellung hinter den Sperren, ferner in der Bewachung der lebenswichtigen Betriebe. Je nach der Entwicklung sollte die Stadtgarnison durch weitere Bataillone verstärkt werden. Dies geschah beispielswiese im Verlaufe des ersten Kriegswinters durch die Aufstellung des Regimentes St. Jakob, später durch Zuzug weiterer Truppenteile bis zu einem zeitweiligen Maximalbestand von gegen 12 000 Mann. Die Stadt Basel gehörte in dieser ersten Kriegsphase als integrierender Bestandteil zum schweizerischen Verteidigungsdispositiv, ja sie bildete, ihrer ganz besonderen Lage wegen, einen eigentlichen Eckpfeiler in dieser Verteidigung. An die Stelle der behelfsmässigen Sperren traten im Laufe des Spätwinters 1939/40 und des Frühjahrs 1940, der fortschreitendenVerwirklichung des militärischen Bauprogramms entsprechend, solider gebaute Hindernisse aller Art, von den Bunkern bis zu den Beton-Tanksperren. Diesen Anordnungen lag indessen bereits der Operationsplan Nord zugrunde, der im Frühjahr 1940 die Dispositionen der Armeeleitung bestimmte. In diesem Zusammenhang wurden die Ausgänge Basel-Ost (Birstal), Basel-West (Allschwil-Bachgraben) und Basel-Süd besonders stark gesichert. Interessanterweise sah, natürlich ganz unabhängig davon, ein französischer Interventionsplan, der im Spätherbst 1939 entstand, vor, dass die VIII. französische Armee im Falle eines deutschen Angriffes auf die Schweiz, aus dem Oberelsass vorstossend, den Kontakt mit dem 2. schweizerischen Armeekorps südlich von Basel suchen sollte.

Die Inspektionsreisen ins Grenzgebiet führten General Guisan während dieses ersten Kriegsherbstes und -winters auch öfters in unsere Stadt, erstmals am 12. September. Jedesmal, wenn er sich der Zivilbevölkerung zeigte, war er Gegenstand herzlicher Kundgebungen, so vor allem am 24. Februar 1940, als er bei Anlass der Sammlung «Schweizerische Nationalspende» im Rathaus vom Regierungsrat offiziell empfangen wurde.Eine unübersehbare Menschenmenge – sie wurde auf rund 30 000 Personen geschätzt – füllte den Marktplatz im Augenblick, da der General im Automobil vor dem Rathaus vorfuhr. Diese zahllosen Basler sahen in ihm nicht bloss den Oberbefehlshaber der Armee, gewissermassen das Symbol des Widerstandsgeistes, sondern ganz besonders den Bürger, der sich auch in der Uniform

für die Belange der ganzen Bevölkerung einsetzte und für die menschlichen Probleme der einzelnen Mitbürger volles Verständnis bewies. Die Popularität, der sich General Guisan bereits damals auch in unserer Stadt erfreute, sprach aus den Begrüssungsworten, die Regierungsrat Dr. C. Ludwig an ihn richtete. Sie gipfelten im Passus:

> «Wir in Basel wissen, dass unsere Stadt, trotz ihrer Lage an der Grenze, nicht stärker gefährdet ist als irgendein anderes Gemeinwesen in der Schweiz. Aber die Verteidigungsanlagen, die unser Gebiet von Monat zu Monat stärker umschliessen, und der Kanonendonner, der seit einer Woche täglich zu uns herüberhallt – sie bringen uns doch den Ernst der Zeit auf besondere Weise zum Bewusstsein. Was die Zukunft der Welt und uns noch bringt, weiss kein Mensch. Zweierlei aber können wir Ihnen sagen, Herr General: Wir haben ein uneingeschränktes Vertrauen in Sie und die von Ihnen geführte Armee, und Sie dürfen auch Vertrauen in uns haben. Basel wird seine Pflicht tun.»

Basel war im Armeekommando zunächst durch Oberstkorpskommandant Rudolf Miescher, Kommandant des 3. Armeekorps, und später durch Oberstdivisionär Heinrich Iselin, Kommandant der 4. Division, vertreten, beides ursprünglich Nichtberufsoffiziere, die aus ihrer zivilen Stellung heraus auf die hohen Kommandoposten berufen worden waren.

Eine vordringliche und überdies recht heikle Aufgabe, die von den Zivilbehörden und den von ihnen beauftragten Organen Fingerspitzengefühl verlangte, war der Ausbau des passiven Luftschutzes. In Basel-Stadt stand den Behörden zu Kriegsbeginn das Luftschutzbataillon als militärisch gegliederte Organisation, zusammengesetzt aus einem Gros von Hilfsdienstpflichtigen aller Jahrgänge und aus wenigen älteren Dienstpflichtigen, zur Verfügung. Später wurden die Bestände durch Neurekrutierung ergänzt und auf rund 2100 Personen (darunter über 300 Frauen für den Sanitätsdienst) erhöht, dazu kamen rund 2000 Personen, die in den Industrie- und Betriebsluftschutzorganisationen und in den Luftschutzdiensten der zivilen Krankenanstalten eingeteilt waren. Nirgends begegneten unsere Behörden so grossen Widerständen von Seiten der Bevölkerung wie auf dem Gebiete des Luftschutzes. Die Schwierigkeiten lagen einerseits in der Sache selbst begründet, bedeuteten doch beispielsweise gerade die Massnahmen im Hausluftschutz (Verdunkelung, Entrümpelung) höchst unangenehme Eingriffe der Staatsgewalt in die private Sphäre, anderseits hatte man aber auch in der persönlichen Zusammensetzung der Luftschutztruppe offenbar keine glückliche Hand; ihrer Aufgabe, bei einer Bombardierung gewaltige Flächenbrände zu bekämpfen und die Verschütteten zu bergen, waren sicherlich viele der dieser Truppe zugeteilten Hilfsdienstpflichtigen physisch nicht gewachsen. Als schwere Hypothek wirkte dann ebenfalls der weit verbreitete

Zweifel an der Nützlichkeit von Schutzräumen und Verdunkelungsmassnahmen. Noch fehlten in den ersten Kriegsmonaten zuverlässige Erfahrungen auf diesem Gebiete der Kriegführung.

Verglichen mit den späteren umfangreichen Bombardierungsaktionen brachte der erste Kriegswinter nur ganz bescheidene Fliegerangriffe. (In Basel wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. August 1940 zum erstenmal Fliegeralarm ausgelöst!) So blieb den Behörden genügend Zeit, nun nachzuholen, was in Friedenszeiten vielleicht versäumt worden war. Der Grosse Rat hatte sich denn auch wiederholt mit Kreditbegehren für Luftschutzbauten aller Art, Anschaffung von Sanitäts- und Feuerwehrmaterial und für die Erstellung einer Luftschutz-Alarmzentrale zu befassen. Am 15. Dezember 1939 fand in Basel und anderswo der erste Probealarm verbunden mit Verdunkelung statt; ihm folgten weitere solche Übungen.

Dass sich die Verteidigung nicht auf das militärische Gebiet beschränken dürfe, darüber war man in Basel wie in der übrigen Schweiz nur einer Meinung, seit sich die totale Kriegführung der Deutschen im polnischen Feldzug geoffenbart hatte. Der militärische Angriff bildete nur noch die letzte Etappe eines Feldzuges, der alle Bereiche des angegriffenen Staates und seiner Bevölkerung betraf. Daher verfolgten die Basler als Bewohner einer Grenzstadt die politische Tätigkeit der hier ansässigen Deutschen und der mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Schweizer mit noch grösserem Argwohn, als die unsachlichen, zum Teil hetzerischen Artikel in der süddeutschen Parteipresse und die unfreundlichen Vorwürfe an die Adresse unseres Landes in den deutschen Radiosendungen. Warum wurden verhältnismässig wenig Deutsche, vor allem wenig bekannte Nationalsozialisten, aus der Schweiz zum deutschen Kriegsdienst eingezogen? Warum wurden bewährte Parteileute der NSDAP von der Front zurückgeholt und nach der Schweiz beordert? Warum wurde der Badische Bahnhof, der seit Kriegsbeginn seine Verkehrsbedeutung weitgehend eingebüsst hatte, von deutscher Seite nicht geschlossen? Dies alles gab zu denken. Die Regierung des Kantons Basel-Stadt verlangte nach Ausbruch der Feindseligkeiten, der Badische Bahnhof sei in schweizerische Regie zu nehmen, doch glaubten die Bundesbehörden, dies im Hinblick auf die badisch-schweizerischen Vereinbarungen im Staatsvertrag von 1852 nicht wagen zu dürfen, obgleich bereits in den ersten Kriegsmonaten nicht zu verkennen war, dass die Deutschen den Bahnhof zur Konspiration gegen die Schweiz missbrauchten.

Gefahr drohte aber der schweizerischen Unabhängigkeit nicht allein von Deutschland direkt, sondern auch von den in der Schweiz ansässigen Deutschen, da der nationalsozialistische Staat im Grunde von ihnen allen

verlangte, dass sie sich unbedingt unter seine Zielsetzung unterordneten. Wohl gehörte bei Kriegsbeginn unter den über 11 000 in Basel niedergelassenen Deutschen nur jeder Zwölfte einer nationalsozialistischen Organisation an; doch brachten die folgenden Jahre bald eine Wendung im Sinne der Erfassung aller Auslanddeutschen durch die parteibeherrschten Auslandvereinigungen. Entscheidend für den Erfolg waren ebensosehr die militärischen Siege der Wehrmacht wie die Propagandaaktionen der Partei. Auch die Zögernden wurden zur Überzeugung verführt, dass es für sie vorteilhafter sei, sich von den Nationalsozialisten leiten und kontrollieren zu lassen, als sich einfach unter den Schutz eines gefährdeten Kleinstaates zu stellen. Das Ziel der politischen Aktion unter den Auslanddeutschen bestand darin, diese aus dem diktaturfeindlichen demokratischen Kreis des Gastlandes herauszulösen und sie den Zwecken des nationalsozialistischen Einsatzes dienstbar zu machen. Der Partei selbst gehörten nur die politisch zuverlässigsten Elemente, sozusagen die Elite, an; im Spätherbst 1939 wurde sogar auf Monate hinaus eine Aufnahmesperre verfügt. Die Zahl der Parteimitglieder dürfte sich damals in Basel zwischen 150 und 200 bewegt haben; grössere Mitgliederzahlen verzeichneten die Deutsche Arbeitsfront (rund tausend), die Auslanddeutsche Frauenschaft (240), die unter der Bezeichnung «Reichsdeutsche Jugend» zusammengefassten Jugendorganisationen und die besonders gefährlichen Sportgruppen. Als eine Art Dachorganisation fasste die ehemals politisch neutrale «Deutsche Kolonie» sämtliche Parteigruppierungen zusammen, schloss aber auch alle jene ein, die sich aus irgendeinem Grunde nicht aktiv an den nationalsozialistischen Veranstaltungen beteiligen wollten. In Basel zählte diese übergeordnete Vereinigung in ihrer Blütezeit um 4000 Mitglieder und wurde zur Trägerin aller bedeutenden öffentlichen Kundgebungen. Eine wichtige Aufgabe der Auslanddeutschen ging dahin, das Schweizervolk im Sinn der nationalsozialistischen Kriegsziele propagandistisch zu bearbeiten und die direkten Aktionen des Berliner Propagandaministeriums fördern zu helfen. Dazu gehörten die Kolportage der illustrierten Zeitung «Das Signal» und die Verteilung von gedrucktem Propagandamaterial, das von der Deutschen Gesandtschaft in Bern eisenbahnwagenweise als diplomatisches Gepäck eingeführt wurde.

War bei der geradezu mimosenhaften Empfindlichkeit der deutschen Machthaber in der Behandlung der Auslanddeutschen jederzeit diskrete Vorsicht geboten, so konnte nichts unsere Behörden daran hindern, wenigstens gegen die schweizerischen Rechtsextremisten, die sich zum Teil noch nationalsozialistischer gebärdeten als ihr grosses Vorbild, mit aller Schärfe vorzugehen.

Über den grössten Anhang verfügte noch immer die Gruppe Leonhardt, die sich nun, von Lörrach aus geleitet, nicht mehr Volksbund, sondern Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie (SGAD) nannte. Ihre Mitgliederversammlungen fanden grösstenteils auf deutschem Boden statt, wurden von Leonhardt selbst kommandiert und befassten sich mit der Verbreitung von nationalsozialistischem Propagandamaterial in der Schweiz und mit noch Schlimmerem, wie die Aufdeckung eines ständigen Nachrichtendienstes bewies. Am 30. Oktober 1939 erteilte der Bundesrat den Polizeiorganen den Auftrag, Leonhardt und alle Mitglieder der SGAD gerichtlich zu verfolgen und die Beurteilung des Straffalles den Behörden des Kantons Basel-Stadt zu übergeben. Nachdem in den SGAD-Schriften sogar ganz offen der Rücktritt General Guisans, die Abdankung des Bundesrates und die Machtübergabe an die Fronten verlangt worden war, entschloss sich der Bundesrat am 8. November 1940 endlich, gestützt auf die Demokratie-Schutzverordnung, die SGAD aufzulösen; doch hinderte dies deren Mitglieder nicht, ihre Tätigkeit, nun illegal, weiter zu entfalten. Alle übrigen frontistischen Vereinigungen fanden in Basel nur geringen Widerhall, denn die Bevölkerung in ihrer grossen Mehrheit erkannte offenbar das nationalsozialistische Gedankengut als eine schweizerischer Denkart fremde Ideologie.

Am anfälligsten gegenüber den Lockungen der Rechtsextremisten zeigten sich bezeichnenderweise Neubürger und die eingeheirateten Frauen deutscher Herkunft, was die Mitgliederlisten jener Verbände belegen. Auf Ende 1939 wurde auch die einzige deutschorientierte Zeitung Basels, die «Neue Basler Zeitung», die materiell von Deutschland abhängig war, auf Antrag der Basler Presse-Prüfungsstelle verboten; das gleiche Schicksal widerfuhr der «Freiheit», dem Organ der Kommunistischen Partei. Belastendes Material gegen beide Zeitungen hatte schon seit längerer Zeit vorgelegen; doch verschob die verantwortliche Stelle das Verbot aus innenpolitischen Gründen bis nach den Nationalratswahlen.

Lokalpolitisch herrschte nach dem Schock, den der Kriegsausbruch ausgelöst hatte, zuerst Windstille. Bereits die Nationalratswahlen vom 28. und 29. Oktober 1939 brachten jedoch mit einer ansehnlichen Stimmbeteiligung von 70% ein erbittertes Kräftemessen zwischen den traditionellen Parteien und dem Landesring der Unabhängigen, der als ausgesprochene Konsumentengruppe und Sammelbecken der mit dem Parteiwesen Unzufriedenen zum erstenmal in Erscheinung trat. Dabei gelang es dieser Gruppe, den Sozialdemokraten und den Kommunisten je ein Nationalratsmandat zu entreissen. Hohe Wellen warf, vor allem in den Kreisen der Arbeiterschaft, eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozial-

demokraten über die innen- und aussenpolitische Haltung der Arbeiterparteien. Den äusseren Anlass, das Tischtuch zwischen den beiden Parteien zu zerschneiden, gaben der deutsch-russische Pakt vom 25. August 1939 und der Winterkrieg der Sowjetunion gegen Finnland. Nun war klar geworden, dass der Sowjetstaat Stalins die alte internationalistisch gerichtete Haltung Lenins zugunsten einer imperialistisch-russischen aufgegeben hatte. Die grosse Mehrheit der Basler Arbeiterschaft zog daraus die Konsequenz, die noch bestehenden geistigen und politischen Bindungen an Sowjetrussland und dessen Anhänger zu lösen und nun erst recht Rückhalt im schweizerisch-demokratischen Staatsgedanken zu suchen.

Dieser Wandel wurde allerdings auch erleichtert durch eine betont soziale Wirtschaftspolitik von Bund und Kantonen. Noch lebte die Erinnerung an die übeln Folgen einer asozialen Haltung bestimmter Volkskreise während des ersten Weltkrieges, die Teuerungswelle und den Generalstreik 1918. Diesmal war man entschlossen, unter allen Umständen die Staatsgewalt für den Schutz der wirtschaftlich Benachteiligten einzusetzen, nicht nur aus sozialen Erwägungen heraus, sondern auch zur politischen Stärkung der inneren Front. Im Hinblick auf die immer noch bedeutende Zahl von Arbeitslosen – man zählte in Basel im Jahresdurchschnitt 1939 deren 2244 – galt es, vor allem den eingerückten Wehrmännern den Arbeitsplatz zu sichern; ebenso wichtig war jedoch die materielle Stütze aller jener Familien, deren Ernährer im Felde stand. Zuerst begnügten sich die Behörden mit der Ausrichtung einer eidgenössischen und einer kantonalen Militärnotunterstützung an alle Wehrmänner, die einen finanziellen Notstand nachweisen konnten. So liefen im Kanton Basel-Stadt bis Jahresende 1939 gegen 9000 Gesuche um Unterstützung von Dienstpflichtigen aller Grade ein, und zur Erfüllung dieser Ansprüche wurden aus eidgenössischen Mitteln 1,74 Millionen Franken und weitere 858000 Franken aus der kantonalen Staatskasse ausbezahlt; doch erwies sich diese an Almosen gemahnende Einrichtung für viele Bedürftige als stossend und überdies zu wenig wirksam. Der Bundesratsbeschluss vom 20. Dezember 1939 schuf dann die Grundlage zu einer provisorischen Regelung der Lohnausfallentschädigung an Aktivdienst tuende Arbeitnehmer (Lohn- und Verdienstersatzordnung) und wurde später durch einen entsprechenden Beschluss über die Entschädigungen an Selbständigerwerbende ergänzt. Diese Verordnung – zweifellos eines der erfreulichsten Sozialwerke der Schweizerischen Eidgenossenschaft – gründete sich auf die Beitragsleistung der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand und ermöglichte einen generellen Lohnersatz von 40 bis 80% an alle im Dienst stehenden Wehrmänner, gleichgültig ob sie bedürftig waren oder nicht. Eine Äusserung von Oberstkorpskommandant

Rudolf Miescher mag die Bedeutung dieses neuen Sozialwerkes ins richtige Licht rücken:

> «Die heilvolle Wirkung dieser Einrichtung ist gar nicht hoch genug einzuschätzen; die Führer und Offiziere unserer Armee sind dadurch einer Sorge enthoben worden, die sie im letzten Krieg schwer belastet hat, und der einzelne Wehrmann ist an einer Fürsorgeanstalt berechtigt, die mit Armengenössigkeit nun auch gar nichts mehr gemein hat. Er kann die Einrichtung benützen wie ein Schulkind die öffentliche Schule.»

Besondere Sorge bereitete den Behörden schon bald nach Kriegsausbruch die Frage der Vollbeschäftigung, war es doch jetzt nicht mehr möglich, nach Belieben Rohstoffe und Betriebsstoffe für unsere Industrie einzuführen. Der Basler Rheinhafen, in normalen Zeiten wichtigstes Eingangstor für einen beträchtlichen Teil unserer Einfuhren, lag seit Kriegsbeginn still. Einzig die unendlich langen Kohlenzüge, die, von Deutschland kommend, durch unsere Bahnhöfe rollten, erinnerten noch an vergangene bessere Zeiten; aber ihre nun so begehrte Fracht war oft genug nicht für die Schweiz, sondern für das mit Deutschland verbündete Italien bestimmt. Während einiger Monate verkehrten diese Züge in einem durchschnittlichen Intervall von zwanzig Minuten über die Basler Eisenbahnbrücke in Richtung Güterbahnhof Muttenz. Immerhin war es im ersten Kriegswinter möglich, die Kohlenvorräte weiter zu äufnen, und wenn die Transportverhältnisse und die Lagermöglichkeiten dies zugelassen hätten, so hätten die Einfuhren bis zu einem Optimum gesteigert werden können. Als Vorsorge gegen drohende Arbeitslosigkeit erliess der Bundesrat am 15. Dezember 1939 einen Beschluss über die Bildung von Arbeitsdetachementen für die Landesverteidigung, in die eingegliedert wurde, wer auf längere Dauer keine Arbeit fand. Ende Dezember betrug die Zahl der in Basel-Stadt eingewiesenen Arbeitslosen rund 2000. Die militärischen Instanzen bildeten aus ihnen Arbeitsdetachemente oder teilten sie den Bewachungskompagnien oder als Hilfskräfte andern Einheiten zu.

Erstaunlicherweise wurde das kulturelle Leben Basels im ersten Kriegswinter durch das Zeitgeschehen viel weniger beeinträchtigt, als man erwarten sollte. Wohl erschwerte der Kriegsausbruch die ohnehin nicht rosige finanzielle Lage des Stadttheaters noch mehr, wohl fehlten die ausländischen Künstler in den Darbietungen unserer Konzertgesellschaften, doch litt das künstlerische Niveau der Veranstaltungen darunter kaum. Besonderen Erfolg erntete die Aufführung des schweizerischen Volksstücks «Gilberte de Courgenay» (von Hans Haug und Bolo Mäglin) im Stadttheater.

Schilderhäuschen am Kleinbasler Brückenkopf

Erster offizieller Besuch des Generals am 12. September 1939

Rotkreuzfahrerinnen bei der Arbeit im Kasernenhof

(Photo Jeck)